



VIVA CUBA SOCIALISTA

Bildungszeitung der SDAJ
#2/2023

EINLEITUNG

Im Parteiprogramm der DKP, der Partei an unserer Seite, heißt es zur Definition des Sozialismus: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse. An die Stelle der chaotischen, auf Profitinteressen ausgerichteten, von Krisen geschüttelten kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft tritt eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaftlich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise. Der Sozialismus beseitigt die kapitalistischen Klassenprivilegien und überwindet im Zuge des Aufbaus der neuen Gesellschaft die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. All dies bestimmt das Wesen der sozialistischen Gesellschaft.“

Kuba ist das sozialistische Land, an dessen Beispiel wir hier in Deutschland aufzeigen wollen und können, das eine andere Welt möglich ist.

Kuba ist kein Bilderbuchsozialismus – den gibt es nicht. Kuba besteht in einer kapitalistischen Welt, ist einer menschenunwürdigen Blockade ausgesetzt, die das kubanische Volk Milliarden kostet. Die Lage dort ist gerade so schwierig wie lange nicht mehr. Widersprüche spitzen sich zu, Klassenkämpfe brechen auch offener aus. Das ändert aber nichts daran, dass Kuba unsere internationale Solidarität gilt – jetzt erst recht! Hier aufzuklären über die Errungenschaften Kubas, hier gegen die Angriffe der USA und ihrer Verbündeten zu kämpfen, das sind wir unseren kubanischen Genossinnen und Genossen schuldig. Zugleich bietet diese Solidaritätsarbeit die Möglichkeit aufzuzeigen, dass im Sozialismus die Voraussetzungen bestehen, um die Grundrechte der Jugend umzusetzen, wie im Zukunftspapier beschrieben. Uns zu all dem befähigen, ist die wesentliche Aufgabe dieser Bildungszeitung.

Die Bildungszeitung soll Grundlagen legen, um die aktuelle Situation auf Kuba – Probleme wie Errungenschaften – zu verstehen. Dazu ist es notwendig sich mit der Geschichte und politischen wie ökonomischen Grundlagen auseinanderzusetzen. Im Anschluss an die Bildungszeitung wird es einen Bildungsmaterial zur Durchführung auf einem Gruppenabend geben, anhand dessen wir uns genauer mit den aktuellen Problemen auf Cuba beschäftigen können.

TEXT 1: KUBA VOR DER REVOLUTION

„Der Krieg für die Unabhängigkeit Kubas ... ist ein Ereignis von großer menschlicher Tragweite und ein zweckmäßiger Dienst, den der vernünftige Heldenmut der Antillen der Standhaftigkeit und gerechten Behandlung der amerikanischen Nationen und dem noch wankenden Gleichgewicht der Welt erweist.“

- José Martí¹

1492 landete Christopher Kolumbus auf Kuba, und damit begann Kubas Geschichte zunächst als spanische Kolonie. In einem Unabhängigkeitskrieg 1895 - 1898 konnten einige Erfolge erreicht werden. 1898 traten die USA in den Krieg ein und besiegten Spanien. Daraufhin wurde Kuba zwar formal unabhängig, aber in Wirklichkeit weiterhin fremdbestimmt, nur jetzt von den USA. Dies wurde erst 1959 durch die Revolution beendet. Die Geschichte des antikolonialen Befreiungskampfes spielt auch heute noch eine große Rolle im kubanischen National- und Selbstverständnis. Unabhängigkeitskämpfer wie José Martí¹ und Máximo Gómez² sind heute kubanische Nationalhelden.

Viele Menschen, die hier Kämpfe führten waren Afrikaner, die als Sklaven verschleppt wurden. Bei der Befreiung der Sklaven 1868 gab es 300.000 Sklaven, andere waren Spanier oder Nachkommen von Spaniern.

Viele wollten ihre Freiheit. Beteiligt waren auch Plantagenbesitzer, die sich von der Unabhängigkeit geringere Steuern erhofften. Allen war aber der Unabhängigkeitswille zu eigen, und der Wille nach einem besseren Lebensstandard.

Die US-Amerikanische Herrschaft nach dem Amerikanisch-Spanischen Krieg (1898) wird zum Beispiel deutlich an dem 1901 eingebrachten Zusatzartikel Platt Amendment in der kubanischen Verfassung. Dieser berechnete die USA zur Intervention: „Für die Aufrechterhaltung einer Regierung, die in der Lage ist, Leben, Eigentum und individuelle Freiheit zu schützen“.

¹ José Martí (1853 - 1895): Kubanischer Intellektueller. Er setzte sich Zeitlebens für die Unabhängigkeit Kubas ein und kämpfte im kubanischen Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialmacht, worin er auch starb. Zu seinen Forderungen gehörte auch die Abschaffung der Sklaverei, allgemeine, humanistische Bildung für alle.

² Máximo Gómez Báez (1836 – 1905): Máximo Gómez war aktiv in der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung. Im Unabhängigkeitskrieg wurde er schließlich ranghöchster General

Außerdem wurde den USA Land für 99 Jahre in Guantanamo zum Bau eines Militärhafens zur Verfügung gestellt, um im Zweifelsfall schnell für US-Eigentum und Interessen eingreifen zu können. So entstand Guantanamo als ein Militärstützpunkt der USA. Auch sonst wurde den Kubanern die Herrschaft der USA häufig vergegenwärtigt: Ein immer größerer Teil der Bevölkerung Kubas lebte in Armut, während die Reichen der USA Kuba als ihre Party- und Bordellmeile nutzten. Proteste und Volksbewegungen wurden immer wieder niedergeschlagen - sei es durch die tatsächliche militärische Intervention der USA oder auch durch die Brutalität der eingesetzten Diktatoren, wie zuletzt Fulgencio Batista.

Zuckerrohr wurde entsprechend der Interessen der ursprünglichen spanischen Kolonisatoren in Monokultur angebaut und nur wenig Fläche stand für die Selbstversorgung der Kubaner zur Verfügung. Auch nach Machtübernahme der USA änderte sich daran nichts. Sie wollten die totale wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas. 1903 wurde in einem Vertrag festgehalten, dass die Kubaner Vorzugskonditionen für den Zuckerverkauf in die USA erhielten, wenn sie gleichzeitig die Märkte für die USA öffneten. So konnte sich die Wirtschaft und Industrie auf Kuba kaum entwickeln, da die Waren aus den USA immer günstiger waren.

Die Situation der Kubaner vor der Revolution war schlecht: 51% waren ohne fließendes Wasser und Elektrizität, 34,5% lebten in Elendshütten, knapp 23,5% waren Analphabeten, 12% waren arbeitslos, 50% der Kinder waren nicht eingeschult, und 70% der Bauern besaßen kein eigenes Land. Außerdem war ein beträchtlicher Teil der Erwachsenen und Kinder durch Hunger- und Infektionskrankheiten zum Tode verurteilt.

Kuba nach der Revolution

Die Kubanische Revolution ist zunächst vor allem eine nationale Befreiungsbewegung. Die Bewegung des 26. Juli, darunter neben anderen Revolutionären Che Guevara und Fidel Castro, bekämpfte knapp drei Jahre als Guerillakampf die Regierung unter dem Diktator Batista. Sie wollten die Unabhängigkeit von den USA und die Verbesserung der sozialen Lage der Einwohner. Sie übernahmen nach knapp 3 Jahren Kampf die Macht auf Kuba, unterstützt durch einen landesweiten Generalstreik.

Das Interesse der kubanischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung und verbesserten Lebensstandard stand im direkten Widerspruch zum Interesse der US-Amerikanischen Monopole. Letztere profitierten direkt von der Ausbeutung der KubanerInnen auf den Zuckerrohrplantagen und in Fabriken. Sie besaßen oft das Land und die Fabriken und profitierten auch darüber hinaus vom Import billigen Zuckerrohrs, sowie dem Warenexport nach Kuba. Eine Steigerung der Bildung, die Schaffung eines Gesundheitssystems für alle, Umverteilung des Ackerlandes; all das war nicht im Interesse des US-Kapitals, sondern schmälerte die Profite.

Diese sozialen Forderungen waren deshalb nur durch die Erringung der Unabhängigkeit durchzusetzen. Nach der Revolution wurden auf Kuba Veränderungen durchgesetzt: Die Bevölkerung wurde beispiellos alphabetisiert, die Mieten wurden halbiert, die Preise für Medikamente, Strom- und Telefongebühren wurden drastisch gesenkt sowie ein Wohnungsbauprogramm auf den Weg gebracht.

Die Revolutionäre wussten, dass nur eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse für eine echte Befreiung der Bevölkerung sorgen konnte.

Im Mai wurde das erste Gesetz zur Agrarreform angenommen, durch das einheimischer und ausländischer Großgrundbesitz aufgelöst und über 100.000 Bauern unentgeltlich Land zugeteilt wurde. Das traf vor allem die großen Zuckergesellschaften in US-Besitz. 1960 wurde das restliche Eigentum ausländischer Monopole und später auch das der nationalen Bourgeoisie verstaatlicht.

Den USA wurde schnell deutlich, dass diese Revolution Ausstrahlungskraft auf ganz Lateinamerika und deren Unabhängigkeitsbewegungen hat, weshalb sie sofort mit den entflohenen Batistaanhängern die Konterrevolution von Florida aus planten. In der Invasion der Schweinebucht am 17. April 1961 landeten 1300 von der CIA in Guatemala ausgebildete Exilkubaner in eben jener Bucht an, um die Revolutionsregierung zu stürzen. Die als kubanische Konterrevolutionäre getarnt US-Luftwaffe flog direkte Angriffe.



Zurückgeschlagen wurde die Invasion nicht nur durch das kubanische Militär. Hunderttausende Kubaner waren freiwillig in Milizen zur Verteidigung der Revolution organisiert und leisteten sofortigen Widerstand.

Dieser Umsturzversuch war längst nicht der einzige. Die Terrororganisation Rosa Blanca verübte zahlreiche Anschläge auf Kuba und unterhielt in der Dominikanischen Republik militärische Ausbildungslager. Andere Trainingscamps wurden von der CIA in Dschungelgebieten Guatemalas eingerichtet, wo neben Batista-Leuten auch in den USA angeworbene Söldner den Umgang mit Waffen und Sprengstoff übten. CIA-Agenten bemühten sich in den folgenden Jahrzehnten vergeblich, ihren Auftrag zum Töten Fidel Castros mit Gifttabletten, tödlichen Bakterien, hochgiftigem Pulver, verseuchten Federhaltern, Spezialgewehren, Auftragskillern und käuflichen Kubanern in Castros Umgebung auszuführen.

Doch Castro überlebte alle, insgesamt mehrere hundert Anschläge. 2014 wurde durch das kubanische Innenministerium eine vorläufige Bilanz der durch die USA aus organisierten Anschläge auf Kuba vorgelegt:

Nach dem Sieg der Revolution seien 713 Terroranschläge verübt worden, die 3478 Tote und 2099 körperlich dauerhaft Versehrte gefordert haben.

Die USA analysieren 1960: „Die Mehrheit der Kubaner unterstützt Castro ... Es gibt keine wirksame politische Opposition. Das einzige absehbare Mittel, um ihm interne Unterstützung zu nehmen, ist mittels Enttäuschung und

Unzufriedenheit aufgrund wirtschaftlicher Mängel und Elends... das Wirtschaftsleben zu schwächen ... und Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung hervorzurufen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde am 6. Juli 1960 das erste Gesetz der Wirtschaftsblockade der USA erlassen: Es verbot den Import kubanischen Zuckers. Im Oktober wurden sämtliche Exporte nach Kuba verboten (mit Ausnahme von Nahrungsmitteln und Medikamenten) 1962 wurden sämtliche Handelsbeziehungen zwischen den USA und Kuba verboten. Später wurde die Einfuhr von Produkten in die USA auch aus Drittländern verboten, wenn ein Rohstoff dafür aus Kuba kam. Viele weitere Beschränkungen wurden bis heute hinzugefügt. Zum Beispiel darf ein Frachter, der den kubanischen Hafen angelaufen hat ein Jahr lang keinen US-Hafen anlaufen. Kuba beziffert die wirtschaftlichen Schäden der Blockade auf ca. 145 Mrd US-Dollar (Daten von Anfang 2022).

Die sich schrittweise durchsetzende Überzeugung von der Notwendigkeit des Sozialismus zur Verteidigung und Durchsetzung der sozialen und nationalen Interessen der kubanischen Bevölkerung sowie die Wirtschaftsblockade und die Angriffe durch die USA lösten eine Annäherung an die sozialistischen Staaten aus. Aus politischer Überzeugung, aber auch, um die von den USA forcierte Isolierung aufzubrechen engagierten sich kubanische Revolutionäre zunehmend für und in Befreiungsbewegungen. drückerregime verehrt.

Kuba wurde zum Sprachrohr vieler Länder der „dritten Welt“. Kuba half militärisch, aber auch mit Ärzten, Pädagogen, Technikern, Ausbildern und weitere zivilen Fachkräften in Ländern, die sich von Kolonialismus und Apartheid befreiten. In vielen Ländern des Kontinents werden die Revolutionäre aus Kuba bis heute als Vorbilder im Kampf gegen koloniale und rassistische Unterdrückerregime verehrt.

Die Sonderperiode in Friedenszeiten

Auch nach der Revolution fokussierte Kuba sich weiterhin auf den Zuckeranbau und exportierte den Zucker in andere sozialistische Länder. Mit den Einnahmen konnte der kubanische Staat die Industrialisierung schrittweise vorantreiben. Das wurde zum Problem als die Sowjetunion zusammenbrach.

Die ehemaligen sozialistischen Staaten stellten den Handel mit Kuba ein, und so sah es für das Fortbestehen der kubanischen Revolution schlecht aus. Für Kuba begann eine der bis dahin schwersten Zeiten. Am 29. August 1990 wurde deshalb die „Sonderperiode in Friedenszeiten“ ausgerufen. Damit wurde gegen die massiven Probleme aufgrund der Konterrevolution aber auch von Naturkatastrophen, der US-Blockade, Misswirtschaft und Korruption vorgegangen. Kuba wendete deshalb mit einer vorübergehenden, begrenzten Öffnung für Privatwirtschaft, Massentourismus und ausländische Investitionen den wirtschaftlichen Kollaps ab, wobei Staatseigentum auch weiterhin überwiegt (weiteres siehe Text 2).

Die USA verstärkten zu diesem Zeitpunkt ihre Angriffe. Neben dem 1985 gegründeten, nach Kuba ausstrahlenden Rundfunksender Radio Marti, wurde nun TV Marti hinzugefügt. Auch Europas Ton gegenüber Kuba wurde wieder härter. 1996 wurde der gemeinsame Standpunkt der EU beschlossen, das ein Systemwechsel die Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen darstellt.

Insgesamt hatte sich die Taktik der Konterrevolution verändert. Destabilisiert wurde nicht mehr vor allem militärisch oder durch Terroranschläge, sondern durch unzählige Versuche der Einflussnahme, durch Kontaktabbau über angebliche Hilfsprogramme für AIDS-Kranke, „Unterstützung“ junger Schriftsteller, Musiker und Rapper, Stipendien für US-Universitäten, Künstleraustausch und Kontakte zu kirchlichen Kreisen. Finanziert und Organisiert von subversiven Aktionen in Kuba sind ausländische NGOs, große Medienkonzerne und Parteistiftungen (z.B. Konrad Adenauer Stiftung

der CDU) sowie international agierende Gruppen. Hiermit soll eine bunte Revolution auf Kuba inszeniert werden, die einen CIA-Staatstreik unterstützen kann.

Wenn wir uns mit den Entwicklungen, Errungenschaften und Problemen auf Kubas auseinandersetzen, dürfen wir die historische Entwicklung Kubas nicht vergessen. Sie stellt wesentlich schlechtere Ausgangsbedingungen da, als wir beim Aufbau des Sozialismus in Deutschland beispielsweise hätten.

Arbeitsfragen

1. Benennt die Verhältnisse auf Kuba vor der sozialistischen Revolution.
2. Gebt die Mittel wieder, mit denen die USA versuchen den kubanischen Sozialismus zu bekämpfen. Wo liegen die Unterschiede zwischen heute und früher.

Diskussionsfragen

1. Ordnet ein, warum die Unabhängigkeit notwendig war, um die Lebensqualität der Menschen zu steigern.
2. Begründet, warum die KubanerInnen nicht beim Kampf um die Unabhängigkeit Kubas stehen geblieben sind.
3. "Die kubanische Revolution als einen andauernden geschichtlichen Prozess zu verstehen." Diskutiert diese Aussage und bezieht Stellung

TEXT 2: KUBAS SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFT

Vorbemerkung

Unter dem Wort „Revolution“ stellen sich viele einen zeitlich begrenzten Moment vor, etwa die Erstürmung der Bastille in Paris im Jahr 1789. In Kuba wird der Begriff anders benutzt, dort versteht man unter „Revolution“ nicht nur die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, sondern auch seitdem andauernder Prozess. Man kann sagen, der Begriff „Revolution“ steht in Kuba für den seit anderthalb Jahrhunderten anhaltenden Kampf um Unabhängigkeit und Würde.

Dieses Revolutionsverständnis hat auch Konsequenzen für die Auffassung von sozialistischer Ökonomie. Neben dem Aufbau einer gerechteren Gesellschaft im Inneren geht es in Kuba auch immer darum, die eigene Unabhängigkeit zu verteidigen.

Der Aufbau einer sozialistischen Ökonomie in Kuba kommt einer ständigen Suche nach dem sozialistischen Weg und eine Geschichte von Aufbrüchen, Fehlern und ihren Korrekturen gleich. Seit dem Ende der Sowjetunion ist Kuba den Angriffen des Imperialismus nahezu schutzlos ausgeliefert. Der internationale Klassenkampf gegen das sozialistische Kuba wird dabei vor allem mit der Waffe der seit über 60 Jahren bestehenden Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade geführt. Die Kubanische Revolution konnte sich nie „frei“ entfalten, sondern musste zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens den Druck und die Einmischung von außen berücksichtigen.

Die Vergesellschaftung der Produktion ermöglicht die Errungenschaften der Revolution

Die Selbstbestimmung des kubanischen Volkes ist die erste Errungenschaft der kubanischen Revolution. Der Sozialismus wird als die notwendige Voraussetzung für ein freies und souveränes Kuba betrachtet. Eine Rückkehr der Multis (Multinationale Konzerne) und Monopole auf die Insel würde auch die Rückkehr des (neo-)kolonialen Diktats bedeuten. Daher liegt aus kubanischer Sicht in der Verhinderung der Konzentration an Privateigentum an Produktionsmitteln der Schlüssel für die kubanische Souveränität. Der Sozialismus ist hier weniger Glaubensbekenntnis oder Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Befreiung des Landes und zur Sicherung eines würdevollen Lebens für die arbeitende Bevölkerung.

Die Kubanische Revolution vermied in den ersten beiden Jahren das Wort „Sozialismus“. Tatsächlich war das Programm der Landverteilung insbesondere agrarisch geprägt. Den Bauern den Acker zu übereignen, auf dem sie leben, war eines der Versprechen der Revolutionäre um Fidel Castro gewesen. Das zweite Versprechen war: Bildung und Gesundheit für alle. Beide Versprechen wurden gehalten.

Kuba ist wiederholt für seine Leistungen im Bereich Bildung und Gesundheit ausgezeichnet worden. Ähnliches gilt für Kulturarbeit in den werktätigen Massen, für die gestärkte Rolle der Frauen und die internationale Solidarität. All diese gesellschaftlichen Errungenschaften, für welche die Kubanische Revolution berühmt geworden ist, gehen letzten Endes auch darauf zurück, dass der gesellschaftliche Arbeitsprodukt sinnvoll verwendet wurde.

Der Sozialismus hat in Kuba dazu geführt, dass der gesellschaftliche Reichtum für die „Revolution der einfachen Leute, von den einfachen Leuten und für die einfachen Leute“ (Fidel Castro) verwendet wurde. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, die Errungenschaften und die Revolution als solche zu verteidigen.

Eigentumsformen auf Kuba

Seit dem 1. Januar 1959, nach unserem Verständnis der Zeitpunkt des Sieges der Revolution, haben in Kuba die verschiedensten Eigentumsverhältnisse existiert.

Die Revolutionsregierung tastete das Privateigentum an Produktionsmitteln zunächst nur zurückhaltend an. In den ersten zwei Jahren existierten weiterhin kapitalistische Eigentumsverhältnisse. Im Zuge der Agrarreform wurde immerhin der bestehende Großgrundbesitz unter Kleinbauern aufgeteilt. Dabei wurden 10.000 Großgrundbesitzer enteignet und ihr Land unter 150.000 Kleinbauern aufgeteilt.

Erst mit der US-Invasion in der Schweinebucht im April 1961 erklärte Fidel Castro öffentlich den sozialistischen Charakter der Revolution.



Die US-Regierung reagierte und erhöhte den Druck der 1959 eingeführten und bis heute andauernden Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade.

Daraufhin bot die Sowjetunion wirtschaftliche Hilfe an. Kuba wurde für drei Jahrzehnte Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft und übernahm zahlreiche Elemente der Wirtschaft nach dem Vorbild der Sowjetunion. Damit wurde auch das Konzept übernommen, die sozialistische Wirtschaft vorrangig über zentralisierte staatseigene Betriebe zu organisieren.

Nicht nur die Großbetriebe, auch fast das gesamte Kleingewerbe sowie die kleinen Dienstleister wurden verstaatlicht. Mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe gingen bis 1970 sämtliche Wirtschaftsbereiche in Staatseigentum über. Bis heute sind große staatliche Betriebe in Kuba anzutreffen und in manchen Produktionsbereichen wie etwa dem Nickelabbau oder der Stahl- und Zementindustrie vorherrschend. Die genannten Branchen, aber auch beispielsweise die Telekommunikationsunternehmen und Energieversorger werden als strategische Wirtschaftsbereiche, angesehen, die in keinen Fall privatisiert werden dürfen. Nur so behält der sozialistische Staat die Möglichkeit, den ökonomischen Aufbau des Landes und die Entwicklung der Produktivkräfte planmäßig und nach den Interessen der Werktätigen planmäßig umsetzen zu können.

Die spezifische internationale Lage des sozialistischen Lagers und die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion ab Ende der 50er Jahre sorgte mit dafür, dass der Aufbau einer autarken Schwerindustrie und einer Industrialisierung der Landwirtschaft auf Kuba sich als sehr schwierig gestaltete und Kuba mehr und mehr die Rolle des Exportlandes innerhalb des RGW für Konsumgüter geriet. Nicht die Planwirtschaft an sich, wohl aber ihre konkrete Ausformung brachte für die kubanische Revolution einige Probleme und mit sich. Das Wirtschaftssystem auf der Grundlage von zentralisierten Staatsbetrieben funktionierte tatsächlich nur unter starker Subventionierung durch die Sowjetunion.

So konnte die politisch gewollte Vollbeschäftigung nur durch eine Überbeschäftigung in Staatsbetrieben erreicht werden. Hohe Löhne im produktiven Sektor und in der Landwirtschaft sowie üppige leistungsunabhängige Zuwendungen des Staates an die Beschäftigten sorgten zwar insbesondere in den 1980er Jahren für einen gesicherten Lebensstandard. Viele der großen Staatsbetriebe arbeiteten aber nicht kostendeckend und erhöhten die Abhängigkeit des Landes von den Subventionen der Sowjetunion. Da diese Abhängigkeit dem Ziel der Souveränität entgegenstand, versuchte sich Kuba zunehmend vom sowjetischen Modell zu lösen. Seit 1986 wurde in Kuba verstärkt auf das genossenschaftliche Eigentum gesetzt.

Hintergrund war, dass die großen, zentralistisch betriebenen Staatsbetriebe im Bereich der Landwirtschaft sich zunehmend als ineffizient erwiesen. Sie basierten auf Maschinen und Treibstoff im großen Stil und waren im Falle von Lieferengpässen handlungsunfähig.

Die riesigen Monokulturen war sehr anfällig für Schädlinge und Plagen. Zudem war in der industriell betriebenen Landwirtschaft, deren Produktion von außen bedingt immer wieder stillstand, das gesellschaftliche Interesse an einer Erhöhung der Produktion immer schwerer zu vermitteln. Die Arbeit in Genossenschaften führte zu einer Dezentralisierung der Produktion. Die Möglichkeit, im Falle einer Planübererfüllung überschüssige Produkte auf eigene Rechnung auf den Bauernmärkten vertreiben zu können, stellte einen Anreiz für eine höhere Produktivität dar. Trotz eines niedrigeren Entwicklungsstandes der Produktivkräfte waren die Kleinbauern in der Erzeugung von Lebensmitteln produktiver als die Staatsbetriebe. Die Genossenschaften boten die Möglichkeit, die erhöhte Motivation des individuellen Landbesitzes mit einer kollektiven Eigentumsform zu verbinden.

Ursprünglich bestanden diese Genossenschaften ausschließlich im Bereich der Landwirtschaft. Seit einigen Jahren sind sie auch in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen zugelassen. Es gibt verschiedene Formen der Genossenschaften, aber allen ist gemein, dass es sich um eine Form des sozialistischen Eigentums handelt, welches auch privatwirtschaftliche Elemente beinhaltet. Das hieß beispielweise, dass sich Bauern Produktionsmittel gemeinschaftlich teilten und sie – in Teilen – über produzierten Überschuss selbst verfügen konnten und somit Anreize geschaffen. Diese unmittelbare Nähe zu den Produktionsmitteln (Maschinen, Land, Arbeitskraft) ermöglichte es ihnen sie gezielter einzusetzen, anzupassen und so die Produktivkräfte weiterzuentwickeln.

Seit dem Ende der Sowjetunion sah sich Kuba gezwungen, neben der Mischform der Genossenschaften auch immer mehr rein private Eigentumsformen zuzulassen. Waren dies zunächst nur Solo-Selbstständige, wurden später in vielen Branchen auch Kleinunternehmen, zuletzt auch mittlere Unternehmen zugelassen.

¹ RGW: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zusammenschluss der sozialistischen Länder zu ökonomischen Ansprachen und Planungen

In der Praxis ist eine solche Umwandlung allerdings vor allem für „nicht-strategische“ Unternehmen vorgesehen, die auf lokaler Ebene produzieren, etwa in der Lebensmittelproduktion, im Bereich Recycling oder im Bereich Biotechnologie.

Mittlerweile hat der sozialistische Staat die Abläufe im nicht-staatlichen Sektor stärker geregelt. Unter anderem wurde eine Lohnreform beschlossen und gewerkschaftliche Rechte gestärkt. Den sozialistischen Staatsunternehmen wurde in den letzten Jahren eine größere Unabhängigkeit zugesprochen, so dass sie besser mit den privatwirtschaftlichen Unternehmen konkurrieren können. Ein staatlicher Bekleidungshersteller kann so schneller auf neue Anfragen reagieren, wenn diese Entscheidung nicht im Zentralkomitee getroffen werden, sondern von der Arbeitenden im Betrieb selbst. Diese Unabhängigkeiten finden dennoch im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Planung statt. Hinzu kommt die Möglichkeit der Verbindung von Privateigentum und Genossenschaften mit staatlichen Unternehmen als neue Variante des gemischten Eigentums.

Seit Mitte der 1990er Jahre können auch ausländische Unternehmen in Kuba investieren. Zunächst war dies nur in Form von Minderheitsbeteiligung möglich, mittlerweile gibt es jedoch zunehmend Joint Ventures, in denen das ausländische Kapital die Mehrheit hält. In Freihandelszonen wie jener in der Umgebung des Containerhafens Mariel westlich von Havanna können ausländische Firmen auch steuerbegünstigte Direktinvestitionen tätigen. Mittlerweile sind auch ausländische Investoren im Bereich des Groß- und Einzelhandels zulassen. Kleine und mittlere Unternehmen können unter Aufsicht des Ministeriums direkt mit ausländischen Partnern interagieren. Auch wenn sie nicht offiziell als ausländische Investitionen geführt werden, so gibt es dennoch zahlreiche Unternehmen,

die mit Investitionen von Familienangehörigen aus Miami betrieben werden.

Es ist zu erwarten, dass der privatwirtschaftliche Sektor in Kuba in den nächsten Jahren weiter wächst. Kuba bemüht sich zumindest um internationale Investitionen, insbesondere in technologieintensiven Bereichen.



Damit soll der Transfer von Technologie gesichert werden, die der kubanische Staat alleine kaum finanzieren könnte. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Ziel, die Nahrungsversorgung weniger abhängig von Importen zu machen. Im Tourismusbereich werden verstärkte internationale Investitionen angestrebt.

Der Tourismus stellt mittlerweile eine der Haupteinnahmequellen des kubanischen Staates dar, und der kubanische Staat hofft auf höhere Einnahmen in diesem Bereich, um Investitionen in die Daseinsfürsorge gegenfinanzieren zu können.

Dass der Privatsektor seinen Anteil ausweiten kann, ist Teil des Plans der kubanischen Regierung, die Wirtschaft bis zum nächsten Jahrzehnt entscheidend voranzubringen.

Die Ausweitung der Privatwirtschaft ist dabei kein strategisches Ziel der Kubanischen Revolution, sondern ein bewusst in Kauf genommenes Risiko. Die strategische Ausrichtung wird dabei von der KP Kubas entwickelt. Mit der wirtschaftlichen Dezentralisierung wurden Parteikader aus administrativen Wirtschaftsfunktionen zurückgezogen. Staat und Partei sollten deutlich voneinander getrennt werden. Dabei soll die Rolle der KP nicht geschwächt, sondern ihre Avantgarderolle gestärkt werden. Als Aufgabe der Partei wurde definiert, sie habe der Entwicklung der Nation voranzuschreiten, die Interessen der Bevölkerung frühzeitig zu erkennen und ihre Umsetzung anzuleiten.

Dabei ist aber zu beachten, dass privatwirtschaftliche Aktivitäten streng geregelt bleiben. Nur in abgegrenzten Bereichen findet ein marktförmiger Austausch statt. Etwa bei Bauernmärkten, aber auch gegenüber privaten Taxiunternehmen. Überall behält der Staat es sich vor, regulierend einzugreifen. Durch Preisvorgaben und die Zuteilung von Ressourcen ist auch die private Wirtschaft zum Teil der staatlichen Planung unterworfen. Strategisches Ziel ist es, eine Konzentration von Eigentum an Produktionsmitteln in privater Hand zu verhindern.

Die Basis der Wirtschaft werden daher auch in Zukunft staatliche Unternehmen bilden. Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Energieversorgung, Telekommunikation, Medien und Bildung bleiben für private Unternehmen ohnehin tabu. Die wesentlichen Produktionsmittel bleiben unter gesellschaftlicher Kontrolle. Immobilien können nur von kubanischen Bürgern besessen werden, und zwar nur eine pro Person. In der Landwirtschaft gibt es Obergrenzen für den maximal zulässigen Landbesitz. Ausländische Staatsbürger können keinen Grund und Boden auf Kuba erwerben.

Wirtschaftliche Probleme und Gegenmaßnahmen

Bereits Ende der 1980er Jahre wurde deutlich, dass die Wirtschaftsbeziehungen mit dem sozialistischen Lager für Kuba auch viele Probleme brachten. Dazu gehörten wachsende Produktivitätsverluste, die Abhängigkeit von der Monokulturprodukt Zucker und die Abhängigkeit Kubas von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Sowjetunion.

Deutlich wurde dies insbesondere bei der Zuckerproduktion, die unter Bedingungen einer gigantischen Industrialisierung und Subvention hohe Erträge von bis zu 9 Millionen Tonnen im Jahr erreichte, der dann mit der Sowjetunion 1:1 gegen Erdöl getauscht werden konnte. Mit dem Ende des osteuropäischen Sozialismus war nicht nur der Lieferant für Maschinen und Fahrzeuge der kubanischen Zuckerindustrie weggebrochen, sondern der Zucker musste auf dem Weltmarkt für etwa ein Zehntel des bislang gültigen Tauschbedingungen angeboten werden. Kubanischer Zucker war nicht mehr wettbewerbsfähig. Heute produziert Kuba nur noch eine halbe Million Tonnen Zucker im Jahr.

Ende 1991 brachen die sozialistischen Wirtschaftspartner weg, die Sowjetunion war Geschichte. Kuba verlor 85% seines Außenhandels, 80 % der Industriebetriebe standen still. Das Land war über Nacht gezwungen, sich dem kapitalistischen Weltmarkt zu öffnen. Es begann die „Sonderperiode in Friedenszeiten“. 1993 wurde der US-Dollar wieder als Zahlungsmittel zugelassen und damit eine Doppelwährung eingeführt. Der damalige Staats- und Parteichef Fidel Castro kündigte die Zulassung privater Tätigkeiten mit den Worten an: „Diese Maßnahmen gefallen uns nicht, einige sind unausstehlich, werden unser Leben, unsere Gesellschaft verändern“ (zitiert nach Hermsdorf 2015, 95).

Die Wirtschaftsplanung des Landes begrenzte sich seitdem zwangsläufig auf ständiges Krisenmanagement. Spätestens ab 2008 war klar, dass Kuba sich auf einen wirtschaftlichen Kollaps zubewegte. Die weltweite kapitalistische Krise traf Kuba wie alle Dritte-Welt-Staaten besonders hart. Dazu kam noch die US-Blockade, die Kuba im Wirtschafts-, Handels- und Finanzbereich zusetzte.

Die Produktivität der staatlichen Betriebe stand – von wenigen Nischen abgesehen – in keinem Verhältnis zum gezahlten Lohn. Die langjährige Politik, jedem arbeitsfähigen Kubaner einen Lohn zu garantieren, ohne dafür eine Leistung einzufordern, hatte eine chronische Überbesetzung von Belegschaften hervorgebracht. Das Recht auf Arbeit war und ist also eine Errungenschaft, die politisch durchgesetzt wurde, die Mittel zur Berechnung der Leistungen aber nicht zur Verfügung standen. Die Überwindung der Kapitalismus hieß nämlich auch die Überwindung von Berechnungsgrundlagen (z.B. die Maximierung des Mehrwerts, um konkurrenzfähig zu bleiben oder Rechner mit hoher Rechenleistung). Auch beim heutigen Stand der Industrialisierung fehlen den KubanerInnen diese Berechnungsmöglichkeiten real.

An der Spitze der Unternehmen standen oft Parteikader, die wenig von den Vorgängen in dem jeweiligen Produktionszweig wussten.

Selbst im Falle von Nahrungsmitteln, die erfolgreich auf der Insel angebaut werden könnten, hing Kuba von devisenzehrenden, ausländischen Importen ab. Beispiele sind Reis, der bis heute überwiegend aus Vietnam importiert wird, aber auch die Geflügelzucht. Hier kann die kleinbäuerliche Wirtschaft nicht mit industriellen Billig-Importen konkurrieren.

Der im industriellen Stil betriebene Zuckeranbau war auch nach durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen weit davon entfernt, effizient zu arbeiten und verlor Jahr für Jahr an Bedeutung. Industrie, Infrastruktur und Wohnraum waren veraltet und mussten dringend erneuert werden. Das Land war in einer Sackgasse angekommen.

Seit über einem Jahrzehnt arbeitet Kuba nun an einer grundlegenden Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit einer möglichst breiten Beteiligung der Bevölkerung sollen die Aufgaben der Wirtschaft unter den aktuellen Bedingungen neu definiert werden.



Keine der Errungenschaften der Kubanischen Revolution soll dabei aufgegeben werden. Wohl aber sollen Hemmschuhe für die Entwicklung der Produktivkräfte beseitigt werden, wie der übertriebene Zentralismus der Verwaltungsvorgänge und die mangelnde Flexibilität in der Betriebsführung. Zugleich sollen die staatlichen Planungswerkzeuge verfeinert werden.

Auch wenn die Planwirtschaft das Hauptmerkmal der kubanischen Wirtschaft bleibt, steht die sozialistische Betriebsführung vor der Herausforderung, sich auf die sich verändernden Bedingungen einer Produktion für den Markt einzustellen.

Dieser Markt ist für Kuba unter den aktuellen Bedingungen die einzige Möglichkeit, die wirtschaftliche Produktion des Landes anzuheben. Dafür gibt es drei Gründe: Zum einen ist das Land vom Weltmarkt abhängig und muss auf diesem mithalten können. Selbst die Beziehungen zur VR China sind an die Zahlungsfähigkeit Kubas gekoppelt (weshalb China in der Pandemie die Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba auf die Hälfte reduzierte). Zum anderen kann Kuba Hochtechnologie nur im Ausnahmefall (z.B. Biotechnologie) selbst entwickeln und ist auf Technologietransfer ausländischer Unternehmen angewiesen. Schließlich benötigt das Land für den Ausbau der Infrastruktur dringend Investitionen, die es selbst nicht aufbringen kann und muss daher marktförmige Anreize schaffen. All diese Entwicklungen sind als eine Übergangslösung gedacht und sollen mittelfristig wieder abgeschafft werden.

Alle wegweisenden Dokumente des Erneuerungsprozesses wurden vor ihrer Verabschiedung von der Bevölkerung und insbesondere den Werktätigen diskutiert. So wurden die „Leitlinien“ der Erneuerung der kubanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Jahr 2010 in mehr als 163.000 Veranstaltungen in

Betrieben, Universitäten und Stadtteilen diskutiert. Die insgesamt 780.000 eingebrachten Änderungsvorschläge führten dazu, dass 60% des Ursprungsdokumentes überarbeitet wurden. Ähnlich intensiv verlief die Diskussion der neuen Verfassung im Jahr 2019.

Hier wurde zum Beispiel auf Verlangen der Bevölkerung die Perspektive mit aufgenommen, eines Tages aus der sozialistischen Gesellschaftsform in den Kommunismus überzugehen.

Die Diskussion des jährlichen Wirtschaftsplans und des Haushalts wird laut Verfassung von den Gewerkschaften¹ organisiert. Dabei diskutieren die Belegschaften den Jahresplan ihres Betriebes. In der Umsetzung kann das von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich aussehen. Dass es sich hierbei um eine strategische Orientierung handelt, kann man daran sehen, dass auch im Entwicklungsplan bis 2030 ausdrücklich die Beteiligung der Arbeiter an der Planung, Verwaltung und Kontrolle der Wirtschaft vorgesehen ist.

Der ehemalige Präsident Raúl Castro kommentierte die geplanten Erneuerungen des Wirtschaftsmodells mit den Worten, niemand solle sich einbilden, es handele sich um eine Rückkehr zum kapitalistischen und neokolonialen Kuba von vor der Revolution.

Kuba akzeptiert vorübergehende und begrenzte Marktelemente, gibt allerdings Staatseigentum und Planung den allgemeinen Vorrang. Es handelt sich um eine kontrollierte Defensive, in der einzelne Wirtschaftsbereiche der Privatisierung freigegeben werden, um das große Ganze der sozialistischen Produktionsweise zu verteidigen.

¹ Gewerkschaften auf Kuba sind die Vertretung der Interessen ggü der Leitung und organisieren Entscheidungen was und wie produziert wird. Keine klassischen Lohnforderungen, wie in Deutschland

Dennoch bedeutet mehr Privatwirtschaft objektiv auch weniger zentrale Planwirtschaft und damit weniger Einflussmöglichkeit der KP und der Regierung. Zweifellos führt die Ausweitung des Privatsektors zum Aufkommen von Partialinteressen und zur Vergrößerung der Einkommensunterschiede.

Die kubanische Regierung ist gezwungen die begonnene Gratwanderung weitergehen, will der kubanische Sozialismus nicht in Schönheit sterben. Die bisherigen Schritte auf diesem Gebiet waren noch nicht ausreichend, um die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu bremsen. Kuba befindet sich weiterhin in einem komplexen Szenario, das seine Regierung zwingt, riskante Entscheidungen zu treffen.

Im Zentrum dieser Maßnahmen steht die Erhöhung der Produktivität und des Produktionsniveaus. Nur dies ermöglicht es, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und zugleich die nationale Wirtschaft weniger anfällig für das Auf und Ab der internationalen Wirtschaft zu machen.

Das Hauptproblem bleibt aber seit der Coronapandemie und dem zurückgegangenen Tourismus der Mangel an Devisen¹.

Die Deviseneinnahmen des Landes sind seit der Corona-Pandemie gesunken, während die Ausgaben für Importe zugleich gestiegen sind. Seit der Pandemie trifft die US-Blockade Kuba noch einmal härter. Jedes Jahr Blockade kostet das Land mehr als das Doppelte dessen, was Kuba in einem Jahr an Lebensmitteln importiert - oder das Zehnfache, was es für Investitionen in der

Landwirtschaft zur Verfügung hat. Die kubanischen Genoss*innen müssen sehr genau über den nächsten Schritt nachdenken und haben dabei kaum Raum für Fehler, denn das sozialistische Land steht in vielerlei Hinsicht mit dem Rücken zur Wand.

Auf dem 8. Parteitag warnte der scheidende Erste Sekretär des ZK, Raúl Castro: „Es scheint, dass Egoismus, Gier und der Wunsch nach höheren Einkommen einige Menschen dazu ermutigen, den Beginn eines Privatisierungsprozesses zu wünschen, der die Grundlagen und das Wesen der aufgebauten sozialistischen Gesellschaft hinwegfegen würde.“ Castro mahnte: „Man darf nie vergessen, dass die Kontrolle über die grundlegenden Produktionsmittel die Basis unseres Sozialismus ist.“ Ohne Sozialismus würden auch das nationale Bildungs- und das öffentliche Gesundheitssystem, die beide kostenlos und allgemein zugänglich für alle Kubaner sind, in kurzer Zeit zerstört werden.

Kuba, seine Kommunistische Partei und die Regierung sind um eine kontrollierte Defensive bemüht, müssen sich in der Tendenz immer wieder taktisch zurückziehen und Wirtschaftsbereiche der Privatisierung freigeben, um das große Ganze der sozialistischen Produktionsweise zu erhalten und zu verteidigen. Ob dies auf Dauer gelingt, ist davon abhängig, wie geschickt und vorausschauend die kubanischen Genossen vorgehen, aber auch, unter welchen internationalen Bedingungen sie kämpfen müssen.

¹ Devisen: ausländische Währungen. Kuba braucht ausländische Währungen für den internationalen Handel.

Arbeitsfragen

1. Fasst zusammen, was die Art des Wirtschaftens auf Kuba, die nationale Unabhängigkeit und die soziale Errungenschaften auf Kuba miteinander zu tun haben.
2. Benennt die Probleme vor denen Kubas Wirtschaft steht und welche Antworten darauf gefunden werden.
3. Gebt die Probleme wieder, die diese Antworten mit sich bringen.

Diskussionsfragen

1. Beziehe Stellung zu der Aussage, dass die Armut Kubas durch die fehlende Effizienz von Planwirtschaft bedingt ist und der Mensch eben nicht bereit ist, ohne egoistische Ziele zu arbeiten.
2. Inwiefern sind individuelle und gesellschaftliche Interessen anhand der Wirtschaft Kubas verbunden? Diskutiert unter welchen Bedingungen sich hier Widersprüche ergeben und wie sind sie aufzulösen sind.
3. "Ist Kuba noch sozialistisch, wenn so viel Privateigentum und sogar ausländische Investitionen zugelassen werden?" Bezieht Stellung zu dieser Frage.

KASTEN: ÄRZTE STATT SOLDATEN

Trotz der Schwierigen ökonomischen Situation des Landes ist der Aufbau eines guten Gesundheitswesens von Beginn an eines der oberen Ziele der Revolution. Noch während die bärtigen Kämpfer der Sierra Maestra Batistas Truppen einheizten, bauten sie Krankenstationen und behandelten die arme Bevölkerung im Osten Kubas, von denen viele bis zu diesem Zeitpunkt noch nie in ihrem Leben einen Arzt zu Gesicht bekommen hatten, denn vor der Revolution hatten 84,6% der ländlichen Bevölkerung keinen Zugang zu medizinischer Versorgung.

Heute zählt Kubas Gesundheitswesen zu einem der besten international. Weltweit kann sich das kubanische Volk mit der höchsten Ärztedichte rühmen. So kommen auf 100.000 Einwohner 84,2 Ärzte. Das sind fast doppelt so viele, wie in Deutschland (44,3) und selbst Belgien, auf Platz zwei kommt mit 60,8 noch lange nicht an den Karibikstaat heran.

Alternativ: Damit kommt in Kuba ein Arzt auf nur 122 Kubaner. In Deutschland hingegen sind es ein Arzt pro 231 Einwohner.

Auch damit hat Kuba es über die Jahre der Revolution geschafft die Lebenserwartung nahezu auf das Europäische Niveau

anzuheben und kann auf dem amerikanischen Doppelkontinent direkt nach Kanada die niedrigste Kindersterblichkeit vorweisen.

Das kubanische Gesundheitssystem ist aber auch abseits dieser Statistiken einen Blick wert. Zum einen setzt es neben Polikliniken, allgemeinen und spezialisierten Krankenhäusern, stark auf wohnortnahe Versorgung, mithilfe von nahegelegenen Familienarztpraxen oder zuständigem Medizinpersonal für Universitäten und Großbetrieben. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, dass Kuba zu großen Teilen ländlich geprägt ist. Trotzdem braucht kaum ein Kubaner mehr als einen kurzen Spaziergang zur nächsten Praxis.

In Deutschland erleben wir aktuell den gegenteiligen Trend. Dezentrale Kliniken werden geschlossen und immer mehr auf große Zentren gesetzt. Wer einen dringenden Notfall hat muss sich auf immer längere Fahrten zum nächsten Krankenhaus einstellen, ganz zu schweigen von den Wartezeiten in den Notaufnahmen oder Arztpraxen.

Aber während zusätzlich das Gesundheitswesen hier zu Lande immer weiter privatisiert und ökonomisiert wird, ist die Medizinische Versorgung in Kuba vor allem eines: Kostenlos. Es gibt keine Praxisgebühren, keine Rechnungen und keine Krankenversicherungsbeiträge.

Sowohl Maßnahmen zur Krankheitsprävention wie Aufklärung und Impfungen werden der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt, als auch die Behandlung im Krankheitsfall und die Medikamente können zu einem symbolischen Preis in der Apotheke erworben werden.

Diese Errungenschaften muss Kuba stets entgegen der Blockade durch die USA durchsetzen, die nicht zuletzt auf Medizinische Versorgungsgüter abzielt. Das macht den Stand des kubanischen Gesundheitssystems zum einen umso beeindruckender, zum anderen schränkt die Blockade die Versorgungsmöglichkeiten ein und kostet somit jährlich Menschenleben.

Aber die Fortschritte des kubanischen Gesundheitswesens hören nicht an den Landesgrenzen auf. Denn während andere Staaten Soldaten in Katastrophengebiete, oder auch einfach in den Krieg schicken, schickt Kuba medizinisches Personal in die ganze Welt. Gerade im Katastrophenfall ist Kuba oft das Erste Land, das medizinische Hilfe schickt, wie erst in diesem Jahr Anfang Februar in die Türkei.

Oder zur Bekämpfung von Seuchen, wie dem EBOLA- oder Corona-Virus, als Kuba unter anderem Medizinisches Personal nach Italien und etliche weitere Länder schickte und Impfungen weltweit vorantrieb.



Kuba hat aber nicht nur im Bereich der Gesundheitsversorgung große Errungenschaften erzielt, sondern ist auch in der medizinischen Forschung und Entwicklung führend. Insbesondere in der Krebsforschung hat Kuba bedeutende Erfolge erzielt und stellt einige vielversprechende Krebsmedikamente her, die in anderen Ländern noch nicht verfügbar sind.

Darüber hinaus hat Kuba im Kampf gegen COVID-19 mehrere eigenen Impfstoffe entwickelt, darunter den "Soberana 02". Rezepturen für eigen entwickelte Medikamente stellt Kuba gerade auch ärmeren Ländern zur Verfügung, um ihnen eine Unabhängigkeit von großen Pharmakonzernen zu ermöglichen. Und schließlich spielt Kuba in den letzten Jahrzehnten eine wichtige Rolle bei der Ausbildung internationaler Fachkräfte im Gesundheitsbereich. Die kubanische Regierung bietet zahlreiche Stipendienprogramme für ausländische Studierende an, insbesondere aus Entwicklungsländern, um ihnen eine medizinische Ausbildung zu ermöglichen und damit den Mangel an medizinischem Personal in ihren Heimatländern zu reduzieren.

TEXT 3: ERRUNGENSCHAFTEN DES KUBANISCHEN SOZIALISMUS

Lenin sagte schon: „In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum ersten Mal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen.“ Wie das aussehen kann, können wir praktisch am Beispiel Kubas sehen:

Mit den neuen Streitkräften des revolutionären Kuba (FAR), die als Bürgerwehren fungieren, und ihren Vorgängern vor und während der Revolution, treten zum ersten Mal bewaffnete Organe den Menschen auf der sozialistischen Insel nicht mehr als Unterdrücker, sondern als Gewalt zum Schutz der bestehenden Ordnung im Sinne der Mehrheit über die Minderheit auf. Die lokal aus Arbeiter, Bauern und Studenten gebildeten „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ (span. CDR) sind Träger des Gedanken zur demokratischen Mobilisierung der Massen.

Die CDRs übernehmen soziale und gesellschaftliche Aufgaben, so kümmern und kümmern sie sich um die Pandemiebekämpfung im jeweiligen Stadtteil und um die Bereitstellung von notwendiger Hilfe in den Nachbarschaften, organisieren politische Diskussionen und die Wahlen, organisieren Nachbarschaftsfeste und freiwillige Arbeitseinsätze, beispielsweise für notwendige Aufräum- oder Reinigungsarbeiten im Viertel.

Neben den Organen der Kommunistischen Partei von Kuba (PCC, entstanden 1965 aus einem Zusammenschluss zuvor bestehender sozialistisch-kommunistischer Parteien und Organisationen) spielen im gesellschaftspolitischen Leben der KubanerInnen insbesondere die Massenorganisationen eine wichtige Rolle. Diese sind von der PCC unabhängig und fungieren nach der Meinung des durchaus kuba-kritischen Fachhistoriker Michael Zeuske als „eine erhebliche Massenbasis“¹, welche im kritischen Austausch mit der Partei steht. An vorderster Front ist hierbei der Frauenverband FMC, mit heute circa 4 Millionen Mitgliedern², zu nennen. Unter der Leitung von Vilma Espin, der Frau von Raul Castro, schon im August 1960 gegründet, ist deren Hauptaugenmerk die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Garantie der Gleichbehandlung von Frauen – hierzu kritisiert die FMC die kubanische Regierung regelmäßig und übt Druck aus.

Darüber hinaus existieren Massenorganisationen in nahezu allen erdenklichen Sparten – von gesteigerter Relevanz sind der Gewerkschaftsdachverband CTC (mit ca. 3,3 Mio. Mitgliedern), der Studierendenverband FEU (dieser vertritt Studierende und Schüler, vermittelt aber auch innerhalb der Universitäten revolutionäre Werte), der Verband der Kleinbauern ANAP (Interessensvertretung von 36.000 Landwirten, hält auch Kontakt mit weiteren Kleinbauervereinigungen) oder der Verband der Schriftsteller UNEAC (dieser organisiert auch Debatten um die Aufgabe von SchriftstellerInnen und KünstlerInnen).³

¹ Zeuske 2002, S. 190.

² Kuba hat ca. 11,4 Mio. Einwohner

³ <https://cubaheute.de/massenorganisationen/>

Durch bis heute ständiges Reisen durch die unterschiedlichen Provinzen der karibischen Insel und den intensiven Austausch mit der Bevölkerung – in Versammlungen, Treffen und Massenveranstaltungen – wissen kubanische Staatsführung und die PolitikerInnen von Havanna gut Bescheid über die Probleme der Menschen. Diese werden direkt oder indirekt angehört und können sich jederzeit – in einer Art direkten, sozialistischen Demokratie – ohne größere Hürden einbringen. KandidatInnen für Parlamente werden in Teilen von Massenorganisationen, in Teilen durch Versammlungen in der Nachbarschaft vorgeschlagen. Eine Vor- oder Benachteiligung auf Grundlage von Geschlecht, Religion oder gar Gewicht des Geldbeutels existiert nicht.

Im Gegensatz zur z.B. deutschen politischen Landschaft, wo PolitikerInnen in der politischen Praxis tagtäglich ihre Wahlversprechen, die sie aus ProMo-Gründen vor der Wahl rausposaunt haben, brechen, gibt es auf Kuba durch eine konkrete Rechenschaftspflicht auf Nachbarschaftsversammlungen und in den Massenorganisationen für PolitikerInnen (welche mindestens alle 3 Monate stattfinden muss) die Möglichkeit für die Bevölkerung, deren politische Arbeit regelmäßig zu überprüfen. Abgeordnete können gegebenenfalls auch wieder abgewählt werden. Damit wird eine neue politische Kultur der Debatte, des Austausches und der Erfahrbarkeit von Beteiligung in politischen Prozessen wirksam.

Das insbesondere in den Anfangsjahren starke theoretische Wirken des „Commandante en Jefe“ – Fidel Castro Ruz – wird primär auch am Aufbau der demokratischen Strukturen eines neuen Staates deutlich. Nach den sozialistischen Klassikern, zum Beispiel von Lenin nach den Erfahrungen der Pariser Commune in seinem Werk „Staat und Revolution“, soll die Einheit des Volkes geschaffen werden, um die sozialistischen Errungenschaften verteidigen und ausbauen zu können.

Nur ein sozialistisches System und seine sozialpolitischen Errungenschaften sowie sein Bildungssystem können auf Dauer die Beteiligung aller Menschen garantieren.

Das Funktionieren der sozialistischen Demokratie soll durch folgende Maßnahmen abgesichert werden: Kommerzieller Wahlkampf ist verboten, Parlamentarier behalten ihren Beruf und erhalten einen angepassten (Facharbeiter-)Lohn. Gesetzesinitiativen stammen meistens aus den Massenorganisationen. In tausenden, im Land verteilten und planvollen arrangierten Versammlungen sowie zentralen Aushängen werden neue Vorstöße bekannt gegeben und diskutiert. Exemplarisch lässt sich dies an der Novellierung der Verfassung von 2019 sowie am neuen Familiengesetz 2022 zeigen – monatelang, von Mitte August bis November 2019 wurde der neue Verfassungsvorschlag im gesamten Land in 135.000 Versammlungen debattiert. Beim Familiengesetz war die Debatte kontrovers, an dessen Ende wurden rund 50 Prozent des Ursprungstexts verändert. Zwischen Februar und April 2022 fand eine landesweite Volksausssprache mit 79.000 Versammlungen in Wohngebieten, Schulen und Arbeitsplätzen zum neuen Familiengesetz statt, an der sich 6,5 Millionen Menschen beteiligten.

In jenem Prozess nehmen die Nachbarschaftskomitees zur Verteidigung der Revolution eine zentrale Rolle ein, in welchen zehntausende Antragsbegehren beraten, kommentiert und ans Parlament überwiesen werden. Auch die reale Wahlbeteiligung liegt deutlich jenseits westlicher Marken – bei der Verfassungsannahme waren es 85 Prozent, 74 Prozent beim Familiengesetz 2022.

Die PCC (kommunistische Partei Cubas) übt keine direkte politische Macht aus, sondern legt den Fokus auf die Wirksamkeit ihrer Mitglieder in den Massenorganisationen, als Parlamentarier sowie ihren schöpferischen Charakter in der Ausarbeitung marxistischer Leitlinien und Empfehlungen, sie selbst jedoch ist im Parlament nicht direkt vertreten. Ihre Rolle besteht in der Schulung und Aneignung sowie Anwendung von wissenschaftlichem Marxismus und der Verbreitung von Klassenbewusstsein in den Massen. Fidel Castro fasst in seinem politischen Denken den Anspruch der kubanischen Politik, Demokratie als die Unterbindung privater Interessen und Bestrebungen wie Privilegien oder sozialer Ungleichheiten zu begreifen, wie folgt zusammen: „Dass die Regierungen (von Kuba) eng mit (dem) Volk verbunden sind, aus dem Volk hervorgehen, die Unterstützung des Volkes haben und sich vollständig der Arbeit und dem Kampf für das Volk und seine Interessen widmen“⁴. Kein Dollar oder Euro und keine Profitinteressen können somit zwischen der kubanischen Gesellschaft und ihren Interessensvertretungen stehen.

„Kuba macht es vor“⁵ – die Verwirklichung unserer Rechte

Fortgesetzt und konsequent zu Ende gedacht, steht neben der schieren Verteidigung der kubanischen Revolution sowie deren ideologischen Absicherung, die Notwendigkeit ihres Ausbaues auf der Tagesordnung. Im klaren Bewusstsein, dass eine sozialistische Demokratie nicht mit hungernden, obdachlosen oder mangelhaft gebildeten Menschen zu machen ist, gingen die Revolutionäre ans Werk. Wie es der Publizist Volker Hermsdorf beschreibt, geht die kubanische Regierung – neben den

Projekten im ländlichen Raum – die urbane Wohnreform „vorrangig“⁶ an. Demnach sollten die in der Batista Zeit zum extremen Spekulationsobjekt ausländischen Kapitalflusses verkommenen Wohnungen in Havanna, Santiago oder Santa Clara, zum Eigentum ihrer BewohnerInnen werden. Dazu zahlten die meisten KubanerInnen ihre Wohnungen, welche staatlich subventioniert wurden, schrittweise (bis zu 30 Jahre lang) ab.

Heute sind mehr als 90 Prozent der EinwohnerInnen der karibischen Insel „Herr im eigenen Haus“ – die in westlichen Metropolen omnipräsente Obdachlosigkeit ist unbekannt. Neben den jeweiligen Errungenschaften in Stadt und Land verband das Projekt der Bildungsreform alle gesellschaftlichen Teile – im Kampf gegen das Analphabetentum wurden außerordentliche Kraftanstrengungen unternommen. So konnte stolz vermeldet werden, dass 10.000 Schulen – in weiten Teilen improvisiert (beispielsweise in ehemaligen Kasernen) – schon 1960, also innerhalb von einem Jahr, entstanden waren. Ende 1961 erklärt die Regierung die Alphabetisierungskampagne für abgeschlossen und Kuba für frei von Analphabetismus. Im „Fanal Cuba“ erklärt Fidel Castro, dass es um nicht weniger als darum gehe, dass auch „der entfernteste Winkel nicht ohne Lehrer bleibe“.

Unter Beteiligung von 270.000 ehrenamtlichen HelferInnen wurde der Fluch einer (kubanischen) Welt ohne Lese- oder Rechtschreibkenntnisse ausgeräumt – heute kann Kuba mit einer Alphabetisierungsrate von nahe 100 Prozent in der Weltspitze glänzen und nirgendwo gibt es derartig lange Schlangen vor Bauchläden oder Bibliotheken aufgrund des großen Bildungshungers der kubanischen Bevölkerung.

⁴ Zit. nach Fuertratt-Kloep 2007, S. 193.

⁵ Gleichnamiger Buchtitel zu den Medizin-politischen Errungenschaften der kubanischen Revolution

⁶ Hermsdorf 2018, S. 38.



Das kubanische Schulsystem – basierend und im Gleichklang mit den aus der DDR/ der UdSSR bekannten polytechnischen Schulformaten entwickelt – bietet allen SchülerInnen einen fairen und gleichen Zugang zu Bildungsressourcen. Das bedeutet: Anders, als wir es aus den Schulen in z.B. Deutschland kennen, gibt es hier keine Selektion und keinen Leistungsdruck, weil die Funktion des Bildungssystems nicht die Aussiebung für den Arbeitsmarkt ist (hier wird nicht in verschiedene Schulformen aussortiert, sondern gemeinsam gelernt, ein Arbeitsplatz sowie ein Grundgehalt ist allen Kubanern sowieso sicher), sondern ein kostenloser (bei einem Studium ist beispielsweise alles inkl. Wohnung und Versorgung an der Uni staatlich gestellt) und lebenslanger Lernprozess auf Kuba (Forcierung von Weiterbildung auch nach der Ausbildung bei Weiterbezahlung des Lohns) sowieso gesichert wird. Während man in den meisten kapitalistischen Ländern für seine Bildung und insbesondere sein Studium hart blechen muss, wird dieses in Kuba staatlich gefördert.

Es geht im kubanischen Bildungssystem um die Entwicklung der ganzen Persönlichkeit, der Verbindung von körperlicher und geistiger Entwicklung, von praktisch-produktiver und wissenschaftlicher Tätigkeit, darum Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an der Gesellschaft (inkl. der umfassenden Demokratie und Planwirtschaft) zu befähigen, auch mithilfe einer wissenschaftlichen Weltanschauung – nämlich des Marxismus-Leninismus. Bei uns in Deutschland geht es nur darum, uns so viel Wissen abzugeben, wie wir es für den Arbeitsmarkt brauchen und uns die herrschende Ideologie einzutrichtern. Abgesichert werden die Erfolge des kubanischen Bildungssystem auch durch eine durchschnittliche Klassengrößen von ca. 15 Schülern und durch die Aufwendung von ca. 13% des kubanischen BIP in Bildung (in Deutschland sind es ca. 5 %). Statt teurer Nachhilfe und Privatschulen gibt es auf Kuba Buddy-Systeme, in denen in AGen stärkere SchülerInnen schwächeren SchülerInnen kostenfrei Nachhilfe geben. Es wird alles probiert um beeinträchtigten Kindern die Teilnahme am Regelschulsystem zu ermöglichen.

Daneben besteht auf Kuba ein uneingeschränktes Recht auf Arbeit: Dieses ist verfassungsmäßig garantiert. Während viele Menschen bei uns Sorge leiden, ob/weil sie keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bekommen, da sie aufgrund von Unprofitabilität entlassen oder nicht eingestellt werden, ist den kubanischen Jugendlichen endloses Bewerbungen-Schreiben unbekannt. Auf den letzten Kuba-Brigaden war es in Gesprächen mit ihnen für sie nur sehr schwer vorstellbar, dass es in anderen Ländern keine Garantie auf einen Arbeitsplatz gibt. Für sie geht es eher nur um einen attraktiveren vs. einen unattraktiveren Job (bspw. In der Stadt oder in einem Dorf), aber nicht darum, überhaupt eine Stelle nach der Ausbildung zu kriegen. Des weiteren ist die Gleichstellung bezogen auf den Lohn von Mann und Frau auf Kuba umgesetzt und gesichert. Es findet in verschiedenen Formen eine weitgehende Mitbestimmung darüber statt, was in welchen Formen und unter welchen Bedingungen produziert wird. Wie in Text 2 beschrieben, finden in den ersten drei Monate des Jahres von der Gewerkschaft geführten Diskussionen zu Produktionszielen in den Staatsbetrieben statt.

Die gesamtgesellschaftliche Arbeit kommt hier nicht der Bereicherung weniger, sondern dem Wohle der gesamten Bevölkerung sowie der Persönlichkeitsentwicklung eines/-r jeden Einzelnen zugute.

Jene gezeigten plastischen Errungenschaften zeigen, dass der kubanische Sozialismus eine andere Welt möglich macht. Grundlage hierfür ist die Entmachtung der Kapitalisten-Klasse – nicht mehr das Diktat der Profitmaximierung, sondern die Ermöglichung der Entfaltung des Menschen als Menschen.

Entscheidend ist hierbei das dialektische Ineingreifen der sozialistischen Demokratie, der Produktivkräfte sowie die Errungenschaften der kubanischen Revolution.

Die sozialistische Demokratie, welche wiederum eine gebildete und ganzheitlich-kritisch ausgeformte Bevölkerung benötigt, um stark und beständig zu sein, wird ihrerseits nur möglich durch die nach 1959 sinnvoll verwendeten erwirtschafteten Ressourcen des kubanischen Volkes.

Im Sozialismus, wie er auf Kuba vorliegt, verschmelzen die Interessen des Einzelnen mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse zur Weiterentwicklung des Sozialismus. Letztlich wird die obig genannte Mitgestaltung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen erst durch das Greifen der einzelnen Errungenschaften möglich und übergeordnet durch die sozialistische Wirtschaftsordnung realisierbar. Trotzdem muss auf die Verschiedenartigkeit der kubanischen und der deutschen Realität verwiesen werden. Wenn auch gleich Kuba als sozialistisches Hoffungsland, Inspiration, Anregung und lebendiges Exempel unserer politischen Weltanschauung sein mag, so ist die gesellschaftliche Realität sowie deren Lösungen nicht eins zu eins auf ein imperialistisches Kernland wie die Bundesrepublik Deutschland übertragbar. Unter anderem, weil Kuba, aufgrund jahrhundertelanger kolonialistischer Ausbeutung von einem völlig anderen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte und der Reife (bzw. Fäulnis des Imperialismus) gestartet ist.

Arbeitsfragen

1. Nennt die zentralen Errungenschaften des sozialistischen Kubas.
2. Skizziert kurz, wie sie erreicht wurden.

Diskussionsfragen

1. Vergleicht Wahl- und Bildungssystem sowie die Möglichkeiten der Arbeit auf Kuba mit den Bedingungen in Deutschland. Was sind die Unterschiede?
2. Beurteilt, ob wir die kubanischen Errungenschaften über parlamentarischen Weg auch z.B. bei uns in Deutschland umsetzen könnten.

Recherchiert je nach Bedürfnissen der Gruppe detaillierter über diese und andere Errungenschaften und nutzt dazu bspw. Die Agitationstrainings, die in der bundesweiten Materialsammlung zur Kampagne sowie die Seite unseres Projectos www.berichteausavanna.de

SDA★